

## DAe der öffentlichen GR-Sitzung vom 15.12.2022

Fraktion	Betreff des DAes
ÖVP	Küche Graz <i>Dringlichkeit abgelehnt (gegen ÖVP, KFG [=Korruptionsfreier Gemeinderatsklub], Lohr)</i>
ÖVP	Maßnahmen gegen Klima-Kleber <i>Dringlichkeit abgelehnt (gegen ÖVP, KFG, Lohr)</i>
(Korruptions-)Freier Gemeinderatsklub	Proteste der Klima-Chaoten <i>Dringlichkeit abgelehnt (gegen ÖVP, KFG, Lohr)</i>
Grüne	Solidarität mit den Protesten im Iran <i>Dringlichkeit und Antrag mit Mehrheit angenommen (gegen KFG, Lohr)</i>
Grüne	Mitreden macht Schule <i>Dringlichkeit und Antrag einstimmig angenommen</i>
SPÖ	Sozio-ökonomische Gastronomie für Graz <i>Dringlichkeit mit Mehrheit angenommen (gegen ÖVP, KFG, Lohr); Antrag, Punkt 1, mit Mehrheit angenommen (gegen ÖVP); Punkt 2, mit Mehrheit angenommen (gegen ÖVP, KFG, Lohr)</i>
(Korruptions-)Freier Gemeinderatsklub	Offenlegung der Vereinsförderungen durch Grazer Parteien und Gemeinderatsklubs <i>Dringlichkeit und Antrag einstimmig angenommen</i>
Neos	Transparentes Beschaffungswesen für die Stadt Graz <i>Dringlichkeit und Antrag mit Mehrheit angenommen (gegen ÖVP, Lohr)</i>
Neos	Halbierung der Parteienförderung <i>Dringlichkeit abgelehnt (gegen KPÖ, Neos, Lohr)</i>

GR ECO Dr.Peter PIFFL-PERCEVIC

15.12.2022

## **A N T R A G** **zur** **Dringlichen Behandlung**

Betreff: Küche Graz

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Die Küche Graz, vormals auch Zentralküche genannt, ist eine wichtige und nicht mehr wegzudenkende Stütze für die Stadt Graz vor allem im Bereich der sozialen Aufgabenerfüllung, die tagtäglich für gut 150 Einrichtungen über 8.000 gesunde und vielfältige Mahlzeiten zubereitet und liefert. Dazu zählen viele Grazer Kinderkrippen, Kindergärten, Schulen oder Horte, sowie eben soziale Einrichtungen.

Das Team der Küche Graz arbeitete gemeinsam mit Styria vitalis an der „Herausforderung Gemeinschaftsverpflegung“ und an der Optimierung der Mittagsverpflegung. In diesem Zusammenhang wurden u.a. Adaptionen im Speiseplan vorgenommen, um noch mehr Vielfalt und Regionalität bei den Speisen bieten zu können, es wurden neue Rezepturen und Zutaten erprobt und nachhaltig verankert.

Die inhaltliche und qualitative Optimierung wurde in den letzten Jahren unter Stadtrat Kurt Hohensinner massiv ausgebaut und vorangetrieben. Denn gesunde Ernährung für unsere Kinder ist der Grundstein für ein weiteres gesundes und aktives Leben. Dazu gab es seitens des Kinderbüros, in Kooperation mit dem Amt für Jugend und Familie, eine eigene Familienbefragung zum Thema „Essen an Schulen“.

Mittlerweile ist die Küche Graz aber an bzw. über ihre Belastungsgrenzen gekommen. Die jährlichen Instandhaltungs- und Reparaturkosten steigen. Um ein Beispiel zu nennen: die Reparatur nur eines großen Kochtopfes inklusive Elektronik kostet mehr als 100.000.- Euro.

Auch viele Zulieferfirmen können die gewünschten Ersatzteile nicht mehr liefern, weil diese nicht mehr lagernd bzw. zeitgemäß sind.

Auch der Standort der Küche Graz, inmitten eines Wohngebietes, ist nicht mehr dem Stand der Technik entsprechend. Die Arbeitszeiten inklusive der für den Betrieb notwendigen LKW-An- und Abfahrten sind schon frühmorgens wahrnehmbar und der damit einhergehende Lärmpegel eine Belastung für die Nachbarschaft. Am jetzigen Standort zu wachsen, ist infrastrukturell ebenfalls nicht möglich.

Die Stadt Graz wächst! Erst im Oktober vermeldete Frau Bürgermeisterin eine interessante Zahl. Erstmals gab es in Graz mehr als 300.000 Einwohner. Es ist also nur logisch, wenn man daher auch die Modernisierung und Kapazitäten der Küche Graz mitberücksichtigt, denn alles in allem ist der Status Quo am jetzigen Standort weder nachhaltig noch wirtschaftlich sinnvoll oder zukunftsfähig.

Unter Stadtrat Hohensinner als Sozialreferent wurde dies bereits in der vergangenen Regierungsperiode erkannt und wurden gemeinsam mit Expert:innen der Gemeinschaftsverpflegung und der Küche Graz eine Vorgehensweise vorbereitet, um weiter modern und zukunftssicher agieren zu können.

So existieren bereits entsprechende Planungen für ein neues Grundstück für die Küche Graz. In einer Kooperation mit der Landwirtschaftskammer Steiermark, bei der auch kleinere landwirtschaftliche Produzenten durch Bündelung in einer Genossenschaft eine Chance auf Belieferung von Großküchen erhalten sollen, kann dem Ziel der Regionalität, aber auch der in Zukunft so wichtigen Lebensmittel-Souveränität in einem großen Schritt nähergekommen werden. Damit wird die Bereitstellung und Auslieferung von über 15.000 Portionen täglich ermöglicht.

Zur Umsetzung kam es nicht mehr; die Wahl und der Wahlausgang änderten auch die Ressortzuständigkeit. Nun ist seit dem Regierungswechsel ein Jahr vergangen. Die Küche Graz wartet nach wie vor auf Entscheidungen.

Besonders ist darauf hinzuweisen, dass für ein so ausgerichtetes Vorhaben (sichere Lebensmittelversorgung mit regionaler Schwerpunktsetzung, wozu auch der Aspekt der Versorgung mit gesunden Lebensmitteln zählt) das EU-weite Programm **Farm to Fork strategy** for a fair, healthy and environmentally-friendly food system eingerichtet wurde. Bei Ausrichtung nach diesem Programm, und das kann und soll hier der Fall sein, sind Mittel aus dem European Green Deal verfügbar.

Um den Betrieb der Küche Graz und damit einhergehend die Verpflegung für tausende Kinder, Jugendliche und Erwachsene für die nächsten Jahrzehnte nachhaltig zu sichern, stelle ich namens des ÖVP Gemeinderatsclubs folgenden

### **Dringlichen Antrag:**

Der Gemeinderat bekennt sich zur Wichtigkeit der Küche Graz.

Bürgermeisterin Elke Kahr möge im Rahmen Ihrer Zuständigkeit

1. die Ergebnisse der Familienbefragung des Kinderbüros in die weiteren Planungen der Küche Graz miteinbeziehen;
2. die Prüfung eines Neubaus der Küche Graz schnellstmöglich veranlassen und bis Februar 2023 einen Zwischenbericht dem Gemeinderat vorlegen;
3. die Prüfung, wie Synergien mit der regionalen Landwirtschaft in eine Neugestaltung der Küche Graz miteinbezogen werden können, veranlassen;
4. alle Möglichkeiten der Inanspruchnahme von Mitteln aus dem European Green Deal: Farm to Fork strategy for a fair, healthy and environmentally-friendly food system prüfen, was erfordern würde, die weiteren Planungen auch in dieser Ausrichtung fortzusetzen, sowie
5. aufgrund der angespannten Budgetsituation, verschiedene Modelle der Betriebsführung (städtisch, Eigenbetrieb, GmbH etc.) für eine Neuausrichtung der Küche Graz prüfen und dem Gemeinderat bis Februar 2023 einen Bericht dazu vorlegen, damit die Küche Graz zukunftssicher den geforderten Bedarf in einem modernen und zeitgemäßen Umfeld abdecken kann.

GR Martin BRANDSTÄTTER

15. Dezember 2022

**A N T R A G**  
**zur**  
**dringlichen Behandlung**

Betreff: Maßnahmen gegen Klima-Kleber

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Am Montag, dem 12. Dezember haben Klimaaktivisten und -aktivistinnen zum dritten Mal Straßenzüge der Stadt Graz im Morgenverkehr gesperrt, indem sie die Straße durch ihre Person und teilweise durch Ankleben auf der Straße blockiert haben. Als Grazer Volkspartei bekennen wir uns zu umfassenden Klimaschutz im Sinne der ökosozialen Marktwirtschaft. Die mutwillige Zerstörung von Eigentum und die Gefährdung anderer Menschen, um den eigenen Anliegen Gehör zu verschaffen, lehnen wir jedoch strikt ab. Das grundrechtlich geschützte Demonstrationsrecht muss immer auch im Einklang mit anderen Grundrechten, wie jenem auf körperliche Unversehrtheit oder dem Eigentumsrecht, stehen.

Wer ganz bewusst Kunstwerke zerstören will oder Staus provoziert, die andere Menschen gefährden, sobald Einsatzkräfte bei ihrer Einsatzfähigkeit behindert werden und so im schlimmsten Fall Menschenleben gefährdet, kann sich aus unserer Sicht nicht auf das Demonstrationsrecht berufen. Das Demonstrationsrecht gilt nicht absolut und muss im Einklang mit anderen Grundrechten und gesetzlichen Bestimmungen ausgeübt werden. Deshalb ist es notwendig, jetzt die richtigen Vorkehrungen zu treffen, um eine Gefährdung der Gesundheit anderer Menschen zu verhindern. Dazu braucht es gesetzliche Vorgaben, die der Exekutive einen klaren Rahmen geben, innerhalb dessen sie härter und schneller gegen Klima-Kleber vorgehen kann.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

**DRINGLICHEN ANTRAG:**

Der Gemeinderat wolle beschließen, dass

- die zuständigen Stellen damit beauftragt werden, ein Konzept auszuarbeiten, welches darüber aufklärt, welche gesetzlichen Maßnahmen auf welcher politischen Ebene eingefordert werden müssen, um auch in der Stadt Graz wirksam gegen diese im Motivenbericht beschriebene Art der Gefährdung der Allgemeinheit vorgehen zu können - selbstverständlich sind dabei die von der Verfassung vorgegebenen Grundsätze zu berücksichtigen und ist der zuständige Ausschuss darüber im Februar 2023 zu unterrichten;
- die zuständigen Stellen damit beauftragt werden, zu prüfen, wie Maßnahmen zur Umsetzung des Klimaschutzplans der Stadt Graz noch schneller vorangetrieben werden können, wie beispielsweise auch die dringend notwendige thermische Sanierung von Gemeindewohnungen oder die in Umsetzung befindliche Dekarbonisierung des öffentlichen Verkehrs. Ein entsprechender Fahrplan ist dem zuständigen Ausschuss bis Februar 2023 vorzulegen.

# **(Korruptions)- Freier Gemeinderatsklub**

GR Mag. Michael Winter  
**Dringlicher Antrag**

An den  
Gemeinderat der  
Landeshauptstadt Graz

Graz, am 14. Dezember 2022

Betreff: Proteste der Klima-Chaoten  
**Dringlicher Antrag**

Ohne Zweifel stellen die Versammlungs- bzw. Demonstrationsfreiheit hohe und schützenswerte Grundrechte in einem jeden Rechtsstaat dar, welche auch zurecht in der Verfassung verankert und durch diese geschützt werden. Demonstrations- bzw. Protestformen, die zum Schaden der großen Anzahl der Bürger führen sowie dem öffentlichen Interesse massive zuwiderlaufen, fallen aber nicht darunter.

Nahezu täglich finden mittlerweile auch in Österreich höchst destruktive Demonstrationen von sogenannten „Klima-Aktivisten“ statt, die sich im Namen des Klimaschutzes an neuralgischen Verkehrsknotenpunkten am Asphalt mit ihren Händen ankleben. Auch unsere Landeshaupt Graz ist von dieser Form der fragwürdigen Demonstrationen durch radikale Klimahysteriker bislang leider nicht verschont geblieben.

Der Straßen- bzw. Flugverkehr wird dadurch oftmals zum Schaden und dem Ärger der großen Mehrheit der Bürger über Stunden lahmgelegt. Die Folge sind massive Staubbildungen bzw. Verspätungen aller Verkehrsteilnehmer. Zu Recht hat die überwiegende Mehrheit der Bürger keinerlei Verständnis für diese Klima-Chaoten und ihre höchst destruktive (und nutzlose) Form des Protests.

Ein Blick in das europäische Ausland zeigt, dass auch in vollentwickelten Rechtsstaaten eine Einschränkung des Versammlungs- bzw. Demonstrationsrechts hinsichtlich dieser Form des Protests der Klima-Kleber rechtlich möglich ist. So hat etwa Bayerns Landeshaupt München diesbezügliche Demonstrationen sowie auch die Organisation derartiger Proteste der sogenannten Klimaaktivisten mit dem Argument „der präventiven Gefahrenabwehr“ untersagt, da die Hauptstraßen für Einsatz- und Rettungsfahrzeuge jederzeit ungehindert befahrbar sein müssen.

Auf Grund der jüngsten Straßenblockaden der Klima-Chaoten, die das Versammlungs- und Demonstrationsrecht zum Nachteil der großen Mehrheit der Grazer Bürger missbrauchen, besteht auch in der Murmetropole der dringende Bedarf, die rechtlichen Rahmenbedingungen zur konsequenten Unterbindung dieser Form des Protests der Klima-Kleber gemeinsam mit den zuständigen Sicherheitsbehörden auszuloten.

Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender

**Dringlicher Antrag**  
gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat  
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz wollen mit der Landespolizeidirektion als zuständige Sicherheitsbehörde in Kontakt treten und eruieren, welche rechtlichen Möglichkeiten es gibt, die im Motiventext erwähnte Gefährdung durch die Klima-Chaoten zu unterbinden.



## **Dringlicher Antrag**

### **der Grünen – ALG**

eingebraucht in der Gemeinderatssitzung vom 15. Dezember 2022

von

### **GR Tristan Ammerer**

#### **Betrifft: Solidarität mit den Protesten im Iran**

In den letzten Wochen hat eine nie dagewesene Protestwelle den Iran erfasst. Nach der brutalen Ermordung einer jungen Frau, Masah Amini, die in den Augen der iranischen Sittenpolizei ihren Hijab „unpassend“ trug, begannen wochenlange Proteste. Diese Protestbewegung wird auch als erste „feministische Revolution“ bezeichnet, wurde sie doch gerade in den ersten Tagen vor allem von Frauen getragen. Die Videos, in denen Frauen sich ihren Hijab vom Kopf reißen und gelöst tanzend mit ihrem ganzen Körper zeigen, dass sie frei sind und sich nicht mehr unterdrücken lassen, gehen um die Welt.

Das Regime reagiert mit beispielloser Gewalt: Bei den Protesten wurden schon dutzende Menschen erschossen, gegen Frauen wird mit gezielter sexueller Gewalt vorgegangen, schockierende Berichte aus den Foltergefängnissen des Regimes belegen Massenvergewaltigungen. In vielen Städten des Landes wird wahllos mit scharfer Munition auf Menschen in den Straßen und in Häusern geschossen. Das Regime führt inzwischen einen Krieg gegen die eigene Bevölkerung.

Jetzt mag man fragen, inwieweit uns in der Grazer Kommunalpolitik diese Proteste betreffen. Die iranische Community in Graz ist eine der größten Diaspora-Communities in unserer Stadt. Schon in den 50er Jahren kamen Iraner:innen zum Studium nach Graz, in den folgenden Jahrzehnten viele auch als Geflüchtete vor Verfolgung und politischer Gewalt in ihrem Heimatland. Die Verzweiflung und Empörung innerhalb der iranischen Community aufgrund der schweren Menschenrechtsverletzungen und Repressionen ist groß, aber auch die Hoffnung auf Umbruch und Veränderung angesichts der ungeheuer mutigen und nicht nachlassenden Proteste.

In den letzten Wochen wurden von einigen jungen Iraner:innen in Graz immer wieder Demonstrationen unter dem Motto „Frau, Leben, Freiheit“ (die Parole der im Iran Protestierenden) organisiert. Auch die Stadt Graz widmete den Auftakt der 16-Tage gegen Gewalt an Frauen diesem Thema. Eine große Bitte aller in Graz lebenden Iraner:innen - manche von ihnen sind selbst aufgrund fehlender Frauenrechte

**Die Grünen- Alternativliste Graz. Gemeinderatsklub.** Rathaus. 3. Stock. Zimmer 360. 8011 Graz. Österreich



nach Europa emigriert – ist es, möglichst viele Menschen über die anhaltenden Proteste zu informieren. Das Regime geht mit tödlicher Brutalität gegen die Protestierenden vor, doch diese viele weitaus schlimmer aus, würde nicht international genau beobachtet werden, was im Iran geschieht.

Wie jedes diktatorische Regime ist auch jenes im Iran zutiefst korrupt: Viele Regimeangehörige bereichern sich und parken ihre Vermögen in Besitz in Europa. Die Kinder von Regimeangehörigen besuchen europäische Privatschulen und leben oft auch hier. Dies kann ein wirksamer Druckpunkt für Sanktionen sein. Gerade Wien ist hier eine beliebte Destination für Schergen des Regimes und deren Familien.

Der Menschenrechtsbeirat der Stadt Graz hat die Brutalität des Regimes gegen Protestierende bereits in klaren Worten verurteilt, nun soll auch der Gemeinderat als höchstes Organ der Menschenrechtsstadt Graz Position beziehen. Ich stelle daher namens der Grünen-ALG folgenden

### **Dringlichen Antrag**

- 1 Der Gemeinderat der Menschenrechts- und Landeshauptstadt Graz verurteilt die brutale Gewalt des iranischen Regimes gegen Protestierende und erklärt sich mit den Protesten im Iran solidarisch.
- 2 Die zuständigen Abteilungen werden ersucht zu prüfen, welche Möglichkeiten es gibt, das Engagement der iranischen Community in Graz zu unterstützen bzw. öffentlich sichtbar zu machen und die Solidarität der Menschenrechtsstadt Graz mit den Protestierenden im Iran weiter zum Ausdruck zu bringen, wie beispielsweise durch Informationen in den stadteigenen Medien, Schulworkshops oder sichtbare Zeichen im öffentlichen Raum. Ein mündlicher Bericht zu den geplanten bzw. gesetzten Aktivitäten ergeht an den Ausschuss für Frauen, Gleichstellung, LGBTQI+ und Menschenrechte.
- 3 Die Bundesregierung, insbesondere Außenminister Schallenberg, wird auf dem Petitionsweg ersucht, aktiv Solidarität mit den Protesten im Iran zu bekunden und sich auf europäischer und UN-Ebene für zusätzliche Maßnahmen gegen Angehörige des iranischen Regimes und der sogenannten Revolutionsgarden einzusetzen, beispielsweise durch Einfrieren von in Europa investierten Vermögen von Regime-Funktionär\*innen. Bei Asylanträgen von politisch Verfolgten soll die aktuelle, dramatische politische Situation im Iran entsprechend gewürdigt und möglichst rasch ein Schutzstatus zuerkannt werden.



## **Dringlicher Antrag**

der Grünen – ALG

eingbracht in der Gemeinderatssitzung vom 15. Dezember 2022

von

**GR<sup>in</sup> Anna Slama**

### **Betreff: Mitreden macht Schule**

Für Kinder und Jugendliche ist die Schule neben ihrem Zuhause der Ort, an dem sie die meiste Zeit verbringen. Um die 10.000 Stunden verbringen Schüler\*innen in den 9 Pflichtschuljahren in der Schule. Deshalb ist es enorm wichtig, dass sie sich dort auch wohlfühlen. Doch laut einer neuen, repräsentativen Studie des Instituts für Jugendkulturforschung (2022) ist das leider nicht der Fall. Vier von zehn Kindern gehen nicht gerne zur Schule. Leistungsdruck, Stress, erschöpfende Schultage und sehr frühes Aufstehen sind für die Schüler\*innen oft schwierig, zu handhaben. Das Gefühl von Gestaltungsmöglichkeiten in dieser Institution, die sie in den Mittelpunkt stellen sollte, fehlt für die jungen Menschen. Jedes dritte Kind glaubt, dass in der Schule kein Wert auf seine Meinung gelegt wird und es nicht genügend Möglichkeit zur Mitbestimmung gibt. Dabei wäre genau das von enormer Wichtigkeit, denn 50% der Schüler\*innen würden lieber zur Schule gehen, wenn sie mehr mitbestimmen könnten.

Diesem Problem hat sich das SOS Kinderdorf Österreich angenommen und die Petition „Mitreden macht Schule“ gestartet, in der sie fordern, Schule aus Perspektive der Kinder und Jugendlichen gemeinsam neu zu denken.<sup>1</sup> Nicht nur in kleinen Belangen soll Mitsprache passieren, sondern im großen Ganzen: Von der Gestaltung der Räumlichkeiten, zur Auswahl von Projekten, über zeitliche Strukturen bis hin zu Leistungsbeurteilungsmodellen. Nur wenn Kinder aktiv über ihre nähere Umwelt mitbestimmen dürfen, können sie als eigenständige und selbstbestimmte Menschen von der Schule in ihr weiteres Leben treten.

Konkrete Punkte der Petition sind das Lernen und Üben von Mitbestimmung als fixer Bestandteil des Lehrplanes. Dafür braucht es Aus- und Weiterbildung von Pädagog\*innen und natürlich Ressourcen, also Zeit, Geld und den Willen etwas zu ändern. Mitspracherecht braucht es aber nicht nur in der Schule

---

<sup>1</sup> <https://www.sos-kinderdorf.at/kinderrechte/neuschule/petition>



selbst, sondern bereits bei der Gestaltung der rechtlichen, personellen und verwaltungstechnischen Rahmenbedingungen. Damit kann für Schüler\*innen der Gestaltungsspielraum Schule Teil ihres Alltags werden und sie können sich auf Augenhöhe gesehen fühlen.

Schule miteinander neu denken bringt aber nicht nur den Schüler\*innen ein Gefühl der Selbstwirksamkeit, sondern verbessert auch die Beziehung zwischen Lehrer\*innen und Schüler\*innen. Motivation und Leistung steigen. Es entsteht ein positives Miteinander, das sich auch auf die Entwicklung unserer Gesellschaft positiv auswirkt.

Die Stadt Graz selbst ist Schulerhalterin und hat damit nur für einen Teil des schulischen Alltags Gestaltungsmöglichkeiten. Diese sollten aber im Sinne der Mitbestimmung von Schüler\*innen bestmöglich genutzt werden.

Daher stelle ich seitens der Grünen-ALG folgenden

### **Dringlichen Antrag**

- 1.) Die Stadt Graz unterstützt die Forderungen der Petition „Mitreden macht Schule“ im Rahmen ihrer Möglichkeiten.
- 2.) Stadtrat Hohensinner wird ersucht, ein Konzept für Mitbestimmungsmöglichkeiten an Grazer Schulen im Rahmen seines Wirkungsbereichs und im Sinne des Motivtextes zu erstellen. Dieses Konzept soll jedenfalls Vorschläge zur Mitbestimmung bei der Raumgestaltung, bei der Gestaltung der schulischen Außenflächen und bei der schulischen Nachmittagsbetreuung beinhalten. Das Konzept soll dem Bildungsausschuss im Juni 2023 vorgestellt werden.

**Dringlicher Antrag**  
**an den Gemeinderat**  
**eingebracht von Frau Gemeinderätin Anna Robosch**  
**in der Sitzung des Gemeinderates**  
**vom 15. Dezember 2022**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!  
Geschätzte Mitglieder der Stadtregierung!  
Liebe Kolleginnen und Kollegen!

In Graz gibt es ein breites gastronomisches Angebot und die Stadt erfreut sich einer großen Vielfalt an Auswahl in diesem Bereich. Doch wenn es zu Events in stadteigenen Kultur- und Eventstätten kommt, ist mit der Vielfalt bald Schluss. In Veranstaltungsstätten, wo der direkte gastronomische Anbieter eingemietet ist und einen All-in-One-Service bieten kann, macht dies natürlich durchaus Sinn. Doch in Veranstaltungsstätten, wo dies nicht der Fall ist, sollte auch die Vielfalt unserer Genusshauptstadt sichtbar werden können.

Immer öfter jedoch haben uns Berichte erreicht, dass Veranstalter in Grazer Eventlocations einen gastronomischen Anbieter vorgeschrieben bekommen und sich aus diesem vorgefertigten Vertrag nur mit einer relativ hohen Summe freikaufen können, ohne dass dieser gastronomische Dienstleister eine Leistung erbracht hat.

Dies steht unserer Meinung nach auch im direkten Widerspruch mit unseren Ambitionen, Graz in allen Bereichen sozialer zu gestalten. Denn statt einen fixierten gastronomischen Anbieter so zu versorgen, könnten Veranstalter und auch Abteilungen der Stadt Graz hier sozial-ökonomische Gastronomie oder Klein- und Mittelbetriebe unterstützen.

Sehr oft schon in der Vergangenheit haben wir anlässlich der einen oder anderen Liegenschaft in der Hand der Stadt Graz darüber nachgedacht auch diese direkt an sozial-ökonomische Betriebe zu vermitteln. Dies würde zwei gute Dinge auf einmal bewirken: Veranstalter:innen hätten gleich einen direkten Kontakt zu mehreren sozialen Projekten, die darüber hinaus einen hervorragenden gastronomischen Service bieten und andererseits könnte man so auch Menschen in diesen arbeitsmarktpolitischen Projekten unterstützen.

Klar ist jedoch auch, so eine Veränderung muss wachsen und evaluiert werden. Kein bestehender Vertrag kann einfach so aufgelöst werden, das ist klar. Jedoch ist es an der Zeit, diese Evaluierung und diese Veränderung in den Grazer Veranstaltungsstätten einzuleiten und damit auch die Stadt Graz hier ein wenig zu öffnen.

Daher stelle ich im Namen der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

### **dringlichen Antrag:**

- Die Stadt Graz evaluiert alle stadteigenen Veranstaltungsstätten hinsichtlich der Kooperationspartner:innen und gastronomischen Infrastruktur.
- Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht zu prüfen, inwieweit ein Öffnen der Veranstaltungsstätten für sozio-ökonomischen Gastronomieanbietern und gastronomische Klein- und Mittelbetriebe möglich ist.

# **(Korruptions)- Freier Gemeinderatsklub**

KO Mag. Alexis Pascuttini  
**Dringlicher Antrag**

An den  
Gemeinderat der  
Landeshauptstadt Graz

Graz, am 14. Dezember 2022

Betreff: Offenlegung der Vereinsförderungen durch Grazer Parteien und Gemeinderatsklubs  
**Dringlicher Antrag**

Auf Grund der aktuell in Kraft stehenden – und sehr dehnbaren – Förderrichtlinien sind Unterstützungen aus Klub- und Parteifördermittel an Vereine möglich, doch wissen weder die Fördermittel auszahlenden Stellen der Stadt Graz noch die Öffentlichkeit, welche Vereine in welchem Ausmaß mit Klub- und Parteifördermittel unterstützt werden.

Eine wohl dosierte Unterstützung von Vereinen und deren Vereinszwecken durch Parteien und Klubs im Zuge deren Öffentlichkeitsarbeit ist in den meisten Fällen sicherlich gerechtfertigt und begrüßenswert. Dennoch besteht die Gefahr, dass über Vereinskonstruktionen Partei- und Klubfördermittel „gewaschen“ und damit insbesondere Vereine unterstützt werden, in denen Politiker maßgebliche Funktionen innehaben oder gar Angestelltenverhältnisse zwischen den Vereinen und Politikern vorliegen. Die Erfahrung zeigt deutlich, dass in der Vergangenheit immer wieder Lücken gefunden wurden, um Partei- und Klubgelder in die falschen Kanäle fließen zu lassen. Durch eine Offenlegung sämtlicher Zahlungsflüsse an Vereine kann dies verhindert werden.

Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender

**Dringlicher Antrag**  
gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat  
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Alle im Grazer Gemeinderat vertretenen Parteien und Gemeinderatsklubs werden künftig dazu angehalten, alle ihre Zuwendungen an Vereine, die die sie mit ihren Partei- oder Klubgeldern tätigen, offenzulegen und auch transparent darzustellen. Eine derartige Transparenzbestimmung soll im Zuge der aktuell stattfindenden Überarbeitung der entsprechenden Richtlinien geschaffen werden.

## **Dringlicher Antrag**

in der Gemeinderatssitzung vom **15.12.2022**

eingbracht von GR Philipp Pointner

### **Betreff: Transparentes Beschaffungswesen für die Stadt Graz**

Anfang Juni diesen Jahres veröffentlichte die NGO Transparency International Austria (TI-Austria) ihren jährlichen Index Transparente Gemeinden (ITG). Dieser Index "ist das österreichweit erste Messinstrument für Transparenz in Kommunalverwaltungen. Er ist zentraler Bestandteil des Projekts Transparente Gemeinde, mit dem TI-Austria die Verwaltung österreichischer Städte und Gemeinden in allen Bereichen transparenter gestalten will. Anhand eines Katalogs von insgesamt 50 Transparenzkriterien in 10 Kategorien wurden auf Basis internationaler best practices Informationen definiert, die für jede Bürgerin und jeden Bürger österreichischer Städte und Gemeinden relevant sind und daher von Städten und Gemeinden proaktiv zur Verfügung gestellt werden sollten."<sup>1</sup>

Im diesjährigen Ranking wurde Graz von Wels in Oberösterreich überholt und musste sich den dritten Platz mit Linz teilen. An der Spitze liegt nach wie vor Wien mit rund 10 Punkten Vorsprung auf Graz. Vor allem fehlende Transparenz-Regeln in der Auftragsvergabe haben Graz wertvolle Punkte gekostet. Nun haben sich KPÖ, GRÜNE und SPÖ in ihrem Regierungsprogramm erfreulicherweise auch der Transparenz verschrieben und "Transparenz über Entscheidungen im Vergabeverfahren (Bieter, Angebote, Ausschlüsse etc.) unter Wahrung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen"<sup>2</sup> versprochen. Das ist gut, denn damit können wesentliche Punkte für den Index Transparente Gemeinden von Transparency International Austria auf dem Weg zur transparentesten Stadt Österreich gesammelt werden.

Bis dato ist die Stadtregierung diesem Versprechen jedoch nicht nachgekommen und im kommenden Jahr droht der Stadt Graz abermals von anderen österreichischen Städten und Gemeinden im Index Transparente Gemeinden von Transparency International Austria geschlagen zu werden. Darum ist ein sofortiges Handeln seitens der Stadtregierung gefordert, um die noch fehlenden Transparenz-Regeln in der städtischen Auftragsvergabe endlich einzuführen. Schlussendlich kann eine transparente Auftragsvergabe auch in der dramatischen Finanz-Situation, in der sich die Stadt Graz aktuell befindet, hilfreich sein. Das Motto muss lauten: "Nur Transparenz und Kontrolle garantieren effiziente und nachhaltige Auftragsvergaben."

---

<sup>1</sup> <https://ti-austria.at/projekt-transparente-gemeinde/index-transparente-gemeinde/>

<sup>2</sup> <https://b.ds.at/2021/11/13/Grazer-Regierungsprogramm-der-KPOe-Gruenen-SPOe-Koalition.pdf>

Darüber hinaus verhindert ein transparentes und nachvollziehbares Beschaffungswesen Korruption und steigert das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Verwaltung.

Daher stelle ich gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates den

**dringlichen Antrag:**

**Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, welche zusätzlichen Transparenz-Regeln in der Auftragsvergabe der Stadt Graz umgesetzt werden können, um Korruption zu verhindern.**

**Dem Gemeinderat ist binnen sechs Monaten ein Bericht über die Ergebnisse der Prüfung vorzulegen.**

## **Dringlicher Antrag**

in der Gemeinderatssitzung vom **15.12.2022**

eingbracht von GR Sabine Reininghaus

### **Betreff: Halbierung der Parteienförderung**

Angesichts der dramatischen Budgetsituation in Graz mit einem prognostizierten Schuldenstand von 3,2 Milliarden Euro im Jahr 2027 ist es erforderlich, dass die rot-grün-rote Stadtregierung sparsam und zweckmäßig mit den vorhandenen Steuermitteln umgeht. Nachhaltige Reformen sind daher unerlässlich, damit die Stadt weiterhin in ausreichendem Maße die dringend benötigten Zukunftsinvestitionen - wie zum Beispiel im Bildungs- oder Pflegebereich - tätigen kann. Von diesen Reformen darf die Politik nicht ausgenommen werden. Gerade in Bezug auf die Parteienförderung, die in Österreich die höchste von ganz Europa ist, kann die Politik selbstständig aktiv werden und damit einen Beitrag zur Konsolidierung des städtischen Haushalts bieten.

Den im Gemeinderat der Stadt Graz vertretenen Parteien (Stadtparteien) sind aufgrund des Landesverfassungsgesetz vom 11. Dezember 2012 über die Förderung der politischen Parteien im Land Steiermark (Steiermärkisches Parteienförderungs-Verfassungsgesetz) (StPFöLVG) jährlich Fördermittel der Stadt Graz für ihre Mitwirkung an der politischen Willensbildung auf Stadtebene – insbesondere für Öffentlichkeitsarbeit und Wahlwerbung, die Sicherstellung des personellen und sachlichen Aufwandes, die Aus- und Weiterbildung sowie Beratung von Gemeindefunktionär:innen zuzuwenden. Zur Finanzierung dieser Förderung hat die Stadt Graz mindestens 5,00 und höchstens 5,45 Euro je bei der letzten Gemeinderatswahl in ihrem Gemeindegebiet wahlberechtigter Person zur Verfügung zu stellen. Zusätzlich ist eine jährliche Wertsteigerung vorgesehen. (vgl. StPFöLVG)

Aufgrund dieser gesetzlichen Bestimmung bekommen die Grazer Stadtparteien aktuell rund 1,25 Millionen Euro jährlich von der Stadt zur Verfügung gestellt. Zusätzlich finanziert die Stadt Graz die Gemeinderatsklubs bzw. die Arbeit der politischen Mandatäre des Gemeinderates mit ungefähr genauso vielen finanziellen Mitteln aus dem Stadthaushalt. Zwar wurden diese Gelder zuletzt um jährlich rund zehn Prozent gekürzt, doch summieren sich die Zuwendungen der Stadt an die Politik im kommenden Jahr noch immer auf insgesamt über 2,1 Millionen Euro. 2,1 Millionen Euro Steuergeld pro Jahr aus dem städtischen Haushalt für die Parteien, Klubs und Fraktionen im Rathaus. Das ist zu viel! Gerade in Zeiten, in denen die öffentlichen Schulden stark steigen, Konsolidierungsmaßnahmen unvermeidlich und die Teuerung auf breite Bevölkerungsschichten durchschlägt, muss die Politik mit gutem Beispiel vorangehen und bei sich selber den Sparstift ansetzen!

Ja, auch die Politik muss ihren Beitrag leisten und bei sich selbst am meisten sparen! Das bedeutet nicht, dass die Parteien zukünftig ohne Fördermittel auskommen müssen, sondern nur, dass sie den Gürtel zukünftig enger schnallen müssen! Es gibt in Österreich einen breiten Konsens aller Parteien, dass eine öffentliche Parteienfinanzierung wünschenswert ist. Davon ist auch unsere Demokratie am Ende des Tages abhängig, doch die Politik darf sich nicht der Debatte über die angemessene Höhe der Parteienförderung entziehen. Angesichts der dramatischen Budgetsituation in Graz plädieren NEOS für eine Halbierung der Parteienförderung. Damit kann die Stadt Graz gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern ein wichtiges Signal setzen, um zu zeigen, dass die Politik dazu in der Lage ist, den Sparstift auch bei sich selbst anzusetzen.

Daher stelle ich gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates den

**dringlichen Antrag:**

**Der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht das Land Steiermark am Petitionsweg, den Betrag in § 6f (1) des Landesverfassungsgesetz vom 11. Dezember 2012 über die Förderung der politischen Parteien im Land Steiermark (Steiermärkisches Parteienförderungs-Verfassungsgesetz) (StPFöLVG) zur Finanzierung der Förderung der Stadtparteien für ihre Mitwirkung an der politischen Willensbildung auf Stadtebene – insbesondere für Öffentlichkeitsarbeit und Wahlwerbung, die Sicherstellung des personellen und sachlichen Aufwandes, die Aus- und Weiterbildung sowie Beratung von Gemeindefunktionär:innen von derzeit mindestens 5,00 und höchstens 5,45 Euro je bei der letzten Gemeinderatswahl in ihrem Gemeindegebiet wahlberechtigter Person auf mindestens 2,50 und höchstens 3,00 Euro zu senken.**